Deutscher Bundestag **Drucksache 21/7095**

21. Wahlperiode 10.07.2026

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sarah Vollath, Tamara Mazzi, Lorenz Gösta Beutin und der Fraktion Die Linke

Altersarmut und Alterssicherung in Schleswig-Holstein

Die Zahl der Armutsbetroffenen in Deutschland bleibt weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Stand. Laut dem Paritätischen Armutsbericht stieg sie im Jahr 2025 auf über 13,3 Millionen Menschen. Personen über 65 Jahre sind demnach überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. Der Bericht beziffert die Armutsquote von Frauen ab 65 Jahren auf ganze 21,3 Prozent, während sie bei Männern bei 17,3 Prozent liegt. Demnach ist durchschnittlich etwa jede fünfte Person ab 65 Jahren von Altersarmut betroffen.

Gründe für die besonders hohe Altersarmut bei Frauen sind unter anderem geringere Erwerbseinkommen, die im Alter zu geringeren Rentenansprüchen führen. Im Neunten Altersbericht kommt die Bundesregierung selbst zur Erkenntnis, dass die erheblichen Unterschiede beim Alterseinkommen zwischen Männern und Frauen „das Resultat einer oftmals noch traditionellen geschlechterspezifischen Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit in der BRD“ sind (Bundestagsdrucksache 20/14450, S. 59). So machen sich Unterbrechungen des Erwerbslebens und eine höhere Teilzeitquote bei Frauen, die die Betreuung von Kindern übernehmen, im Alter insbesondere in Westdeutschland bemerkbar. Mit zunehmender Kinderanzahl sinken die Renten bei Frauen im Westen laut Auskunft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Antwort auf die Schriftliche Frage 77 auf Bundestagsdrucksache 21/3685) sogar.

Maßnahmen wie eine weitere Schwächung der gesetzlichen Rente zugunsten der privaten Vorsorge oder Kürzungen im Bundeshaushalt bei Rente und Wohngeld könnten die Situation aus Sicht der Fragestellenden bald noch weiter verschärfen. Auch die Vorschläge der Rentenkommission, etwa eine Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung oder die Abschaffung der Rente für besonders langjährig Versicherte, können zu noch niedrigeren Renten und damit einem weiteren Anstieg der Altersarmut führen.

Insgesamt hat die Bundesregierung aus Sicht der Fragestellenden bisher keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut in Deutschland vorgelegt. Zu diesem Urteil kommt auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem Armutsbericht (Paritätischer Armutsbericht 2026, S. 4).

Mit der nachfolgenden Kleinen Anfrage soll ein umfangreiches Bild über die aktuellen Daten zur Altersarmut und der Alterssicherung in Schleswig-Holstein und Deutschland geschaffen werden. Um vollständige Beantwortung der Fragen ohne Verweis auf andere Bundestagsdrucksachen wird gebeten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren das Verhältnis der Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung zu Rentnerinnen und Rentnern in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) entwickelt (bitte auch in absoluten Zahlen angeben)?
2. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der geringfügig Beschäftigten mit sowie befreit von einer Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) entwickelt?
3. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Zahlbeträge der Renten wegen Alters, wegen Erwerbsminderung und wegen Todes in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) im Rentenbestand und im Rentenzugang in den Jahren 2015 und 2025 (bitte nach Männern und Frauen aufschlüsseln)?
4. Wie viele Rentnerinnen und Rentner in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) haben mindestens 40 und wie viele Rentnerinnen und Rentner haben mindestens 45 Versicherungsjahre erreicht und erhalten eine Nettorente (Zahlbetrag) von unter 1 446 Euro und über 1 446 Euro (bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln)?
5. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Erwerbsminderungsrenten mit Abschlägen an allen Erwerbsminderungsrenten sowie die durchschnittliche Höhe der Abschläge in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) entwickelt (bitte jeweils in absoluten Zahlen sowie prozentual angeben und nach Geschlechtern aufschlüsseln)?
6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) sowie deren durchschnittlicher Gesamtrentenzahlbetrag (bitte getrennt für Einzel- und Mehrfachrentnerinnen und Einzel- und Mehrfachrentner angeben sowie nach Geschlechtern aufschlüsseln)?
7. Wie viele Menschen ab dem Alter von 65 Jahren beziehen nach Kenntnis der Bundesregierung in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) ausschließlich (eigene oder abgeleitete) Alterssicherungsleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, und wie hoch ist deren Anteil an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe (bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln)?
8. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Grundsicherungsfälle im Alter und bei Erwerbsminderung in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln und jeweils als absolute Zahl und im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe angeben)?
9. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Grundsicherungsfälle in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug sowie deren Anteil an den jeweiligen Rentenempfängerinnen und Rentenempfängern (wegen Alters bzw. Erwerbsminderung) in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Geschlechtern sowie nach neuen und alten Bundesländern aufschlüsseln)?

10. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren die Zahl der Personen, die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung ab der Regelaltersgrenze (bzw. ab 65 Jahren) bezogen haben, in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) entwickelt (bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln sowie in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu allen Menschen ab 65 Jahren angeben)?

11. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Menschen ab 65 Jahren in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) entwickelt, die Wohngeld bezogen haben (bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln und in absoluten Zahlen und relativ an allen Menschen ab 65 Jahren angeben)?

12. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung, der Bevölkerung ab 65 Jahren und der Rentnerinnen und Rentner in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) entwickelt (bitte insgesamt angeben sowie nach Geschlechtern aufschlüsseln)?

13. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Armutsgefährdungsschwelle in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) entwickelt?

14. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Riester-Sparerinnen und Riester-Sparer insgesamt und derjenigen, die ihren individuellen Zulagenanspruch vollständig realisieren, in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West; bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln)?

15. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2025 der Anteil der Menschen in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West), die Leistungen aus allen drei Schichten der Alterssicherungssysteme (gesetzliche Rente, betriebliche Altersvorsorge und private Altersvorsorge) beziehen, wie hoch ist der durchschnittliche jeweilige Anteil der Alterssicherungseinkünfte am gesamten Alterseinkommen, und wie hoch ist die jeweilige Verbreitung der jeweiligen Alterssicherungseinkünfte getrennt (bitte jeweils nach Geschlechtern aufschlüsseln)?

16. Wie viele Menschen in den Altersgruppen von 20 bis 65 und von 60 bis 65 Jahren (gesamt und nach Einzeljahren) gingen nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (bitte getrennt für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung angeben sowie nach Geschlechtern aufschlüsseln), und wie groß ist deren Anteil an allen Menschen der jeweiligen Altersgruppe?

17. Wie viele Menschen in der Altersgruppe 60 bis 65 Jahre gingen nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach, und wie groß ist deren Anteil an allen Menschen dieser Altersgruppe (bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln)?

18. Wie viele Menschen ab 65 Jahren bzw. ab der Regelaltersgrenze gingen nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in Schleswig-Holstein und Deutschland (Ost bzw. West) ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach, und wie groß ist deren Anteil an allen Menschen dieser Altersgruppe (bitte nach Geschlechtern aufschlüsseln)?

19. Sieht die Bundesregierung ein besonders hohes Armutsgefährdungsrisiko in Schleswig-Holstein, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Altersarmut in Schleswig-Holstein reduzieren?

Berlin, den 9. Juli 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333